

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung	15
1. Kapitel: Anwendungsbereich der Unionsgrundrechte	19
A. Umfassende Bindung der Union an die Charta	19
B. Mitgliedstaaten als Grundrechtsadressaten	21
I. Grundriss der bisherigen Rechtsprechung des EuGH	21
1. Herausarbeitung der Rechtsprechungslinien in der Literatur	21
2. Formulierung des EuGH: im Anwendungsbereich des Unionsrechts	23
II. Bindung der Mitgliedstaaten nach Art. 51 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 EGRC	26
III. Bindung der Mitgliedstaaten im Einzelnen	28
1. Bindung der Mitgliedstaaten in der agency-Situation	28
2. Bindung der Mitgliedstaaten in der ERT-Situation	30
3. Möglichkeit einer Ausdehnung der bisherigen Fallgruppen	32
a) Grenze der Ausdehnung der bisherigen Fallgruppen	32
b) Erweiterung der agency-Situation durch den EuGH	34
c) Erweiterung der ERT-Situation durch den EuGH	36
C. Bindung Privater an die Unionsgrundrechte	37
I. Zu unmittelbarer Drittwirkung der Unionsgrundrechte	37
1. Keine klare Antwort auf die Frage der Drittwirkung durch den Text der Charta	37
2. Drittwirkungslehre im Rahmen der wertenden Rechtsvergleichung	38
a) Drittwirkung von Grundrechten in den Verfassungen der Mitgliedstaaten	38
b) Drittwirkung der EMRK	40
3. Unmittelbare Drittwirkung einzelner Grundfreiheiten und einzelner Vertragsgrundrechte nach der Rechtsprechung des EuGH	42
4. Stellungnahme	44
II. Unmittelbare Drittwirkung des Altersdiskriminierungsverbots nach dem <i>Mangold</i> - und <i>Kücükdeveci</i> -Urteil	46
III. Kritik an Urteilen <i>Mangold</i> und <i>Kücükdeveci</i>	48
1. Verfall der entwickelten Richtliniendogmatik	48
2. Umgehung der in Art. 19 AEUV geregelten Gewaltenteilung	49

3. Rechtsunsicherheit für die Bürger	50
IV. Ausgleich von effektiver Durchsetzung des Unionsrechts und anderer Interessen bei der Bestimmung der Wirkungsweise der Unionsgrundrechte	51
2. <i>Kapitel:</i> Gewährleistungsumfang der speziellen Diskriminierungsverbote des Art. 21 Abs. 1 EGRC	55
A. Anwendungsbereich des Art. 21 Abs. 1 EGRC	55
I. Geltungsverhältnis des Art. 21 Abs. 1 EGRC zu anderen Gleichheitsbestimmungen	55
II. Besonderheiten der Anwendung spezieller Diskriminierungsverbote auf mitgliedstaatlicher Ebene	56
1. Problemstellung	56
2. Zur Anwendbarkeit spezieller Diskriminierungsverbote auf nationaler Ebene durch das Sekundärrecht	57
3. Verhältnis zwischen speziellen Diskriminierungsverboten und konkretisierendem Sekundärrecht	58
III. Personeller Anwendungsbereich des Art. 21 Abs. 1 EGRC	60
1. Berechtigte der Unionsgrundrechte	60
2. Personeller Anwendungsbereich des Art. 21 Abs. 1 EGRC	61
B. Der Begriff der speziellen Diskriminierungsverbote	62
I. Bedeutung der speziellen Diskriminierungsverbote neben dem allgemeinen Gleichheitssatz	62
II. Zur Frage der Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit	64
III. Formen der Diskriminierungen im Unionsrecht	65
1. Unmittelbare Diskriminierung	65
2. Mittelbare Diskriminierung	65
3. Positive Maßnahme	68
IV. Ungleichbehandlung und Diskriminierung	69
C. Geltung und Rechtfertigungsdogmatik der speziellen Diskriminierungsverbote des Art. 21 Abs. 1 EGRC	71
I. Reichweite der speziellen Diskriminierungsverbote: Offenheit des Kriterienkatalogs des Art. 21 Abs. 1 EGRC und seine mögliche Erweiterung	71
II. Rechtfertigungsprüfung der speziellen Diskriminierung nach der Charta	73
1. Rechtfertigungsmöglichkeit: absolutes oder relatives Diskriminierungsverbot	73
2. Problemstellung: Anwendbarkeit der Einschränkungsklausel des Art. 52 Abs. 1 EGRC auf Art. 21 Abs. 1 EGRC	75
3. Geltung des Vorbehalts des Gesetzes im Rahmen des Art. 21 Abs. 1 EGRC	76

a)	Anwendung des Vorbehalts des Gesetzes auf spezielle Diskriminierungsverbote	76
b)	Anforderungen an eine qualifizierte gesetzliche Grundlage	78
4.	Anwendbarkeit des Verhältnismäßigkeitsprinzips auf Art. 21 Abs. 1 EGRC	79
a)	Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Unionsrecht	80
b)	Anwendbarkeit des Verhältnismäßigkeitsprinzips bei der Gleichheitsprüfung	81
5.	Beachtung der Wesensgehaltsgarantie im Rahmen des Art. 21 Abs. 1 EGRC	84
III.	Standard der Anforderungen an den Rechtfertigungsgrund	85
1.	Differenzierte Standards zwischen Art. 20 und Art. 21 Abs. 1 EGRC	85
2.	Differenzierter Standard für die Rechtfertigung zwischen unmittelbarer und mittelbarer Diskriminierung	86
3.	<i>Kapitel: Prüfungsmaßstab für das Diskriminierungsverbot nach der EMRK</i>	89
A.	Bedeutung des Diskriminierungsverbotes nach der EMRK für Art. 21 Abs. 1 EGRC	89
B.	Anwendungsbereich des Diskriminierungsverbotes nach der EMRK	91
I.	Akzessorietät des Art. 14 EMRK zu den Konventionsfreiheitsrechten	91
II.	Verkleinerung der durch die Akzessorietät verursachten Schutzlücken	91
III.	Nichtakzessorietät des allgemeinen Diskriminierungsverbots in Art. 1 des ZP 12	94
IV.	Fazit zum Anwendungsbereich des Diskriminierungsverbotes nach der EMRK	96
C.	Sachlicher Gewährleistungsumfang des Art. 14 EMRK	97
I.	Subsidiäre Gewährleistung des Art. 14 EMRK	97
II.	Verbotene Diskriminierung gemäß Art. 14 EMRK	100
1.	Ungleichbehandlung von vergleichbaren Sachverhalten ohne sachlichen Grund	100
2.	Anspruch auf Ungleichbehandlung	100
III.	Verbotene Differenzierungsmerkmale in Art. 14 EMRK und deren mögliche Erweiterung	101
D.	Anforderungen an die Rechtfertigung einer Diskriminierungen nach Art. 14 EMRK	103
I.	Vorbedingung: Vergleichbare Situation	103
II.	Sachliche und vernünftige Rechtfertigung	105
1.	Legitimes Ziel einer Ungleichbehandlung	106

2. Verhältnismäßigkeit	107
III. Staatlicher Beurteilungsspielraum (sog. „margin of appreciation“)	110
IV. Striktere Rechtfertigungsanforderungen bei verdächtigen Differenzierungsmerkmalen („suspect categories“)	112
1. Geschlecht	112
2. Status der nichtehelichen Geburt	117
3. Religion	121
4. Staatsangehörigkeit	125
5. Sexuelle Orientierung	128
6. Rasse, Hautfarbe und ethnische Herkunft	131
V. Anforderungen des EGMR an die Rechtfertigung einer mittelbaren Diskriminierung	141
1. Anerkennung mittelbarer Diskriminierungen nach der Rechtsprechung des EGMR	142
a) Definition der mittelbaren Diskriminierung in der EMRK	142
b) Beweis von faktisch ungleicher Betroffenheit	143
2. Kontrolldichte im Rahmen der Rechtfertigungsprüfung von mittelbaren Diskriminierungen	145
a) Anforderungen an die Rechtfertigung mittelbarer Diskriminierung nach der Rechtsprechung des EGMR	146
aa) Mittelbare Diskriminierungen wegen des Familienstands	146
bb) Mittelbare Diskriminierungen wegen des Geschlechts	147
cc) Mittelbare Diskriminierungen wegen der Rasse	148
b) Bewertung zur Prüfungsdichte des EGMR bei mittelbaren Diskriminierungen	151
VI. Zwischenergebnis	154
1. Ansatzpunkte in der Judikatur des EGMR zur Bestimmung der Kontrolldichte im Rahmen des Art. 14 EMRK	154
a) Differenzierungsmerkmale	154
b) Beurteilungsspielräume der Mitgliedstaaten	155
aa) Vorhandensein gemeinsamer europäischer Standards	155
bb) Betreffende Sachgebiete	156
cc) Ableitung einer positiven Schutzpflicht des Staates	157
dd) Andere Umstände des Einzelfalls	157
2. Zur Übertragbarkeit der Rechtsprechung des EGMR zu Art. 14 EMRK auf die Dogmatik des Art. 21 Abs. 1 EGRC	158

4. Kapitel: Prüfung spezieller Diskriminierungen unter Rücksichtnahme auf Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten der EU	161
A. Bedeutung der mitgliedstaatlichen Verfassungen für die Auslegung der Unionsgrundrechte	161
I. Gemeinsame Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten als eine der wichtigsten Rechtserkenntnisquellen der Unionsgrundrechte	161
II. Konzentrat mitgliedstaatlicher Verfassungsüberlieferungen durch die Bestimmungen der Charta	162
B. Auslegung des Art. 21 Abs. 1 EGRC im Einklang mit mitgliedstaatlichen Verfassungsüberlieferungen	164
I. Spezielle Diskriminierungsverbote in den Verfassungen der Mitgliedstaaten	164
II. Funktion des Art. 52 Abs. 4 EGRC: Auslegungsklausel	165
III. Auslegung des Art. 21 Abs. 1 EGRC gemäß Art. 52 Abs. 4 EGRC	168
C. Perspektiven der Dogmatik spezieller Diskriminierungsverbote nach der Judikatur des BVerfG	170
I. Strukturvergleich zwischen speziellen Diskriminierungsverboten des Art. 21 Abs. 1 EGRC und des Art. 3 GG	170
II. Rechtfertigungsanforderungen im Rahmen des Art. 3 GG	173
1. Rechtfertigungsanforderungen im Rahmen des Art. 3 Abs. 1 GG	173
a) Von der Willkürformel zu der sog. neuen Formel	173
b) Abgestufte Prüfungsdichte nach Differenzierungsmerkmalen	175
c) Beeinträchtigung anderer Grundrechte	177
d) Betroffene Sachgebiete	178
e) In anderen Verfassungsvorschriften enthaltene Wertentscheidungen	180
f) Bewertung der Zuordnungskriterien für die gerichtliche Prüfungsintensität im Rahmen des Art. 3 Abs. 1 GG	181
2. Strikte Verhältnismäßigkeitsprüfung im Rahmen von Art. 3 Abs. 2 und 3 GG	183
a) Rechtfertigung durch zwingend erforderliche Gründe	183
b) Rechtfertigung durch kollidierendes Verfassungsrecht	186
3. Prüfungsdichte bei mittelbaren Diskriminierungen	189
a) Systematische Einordnung der mittelbaren Diskriminierung im GG	189
b) Anforderungen an die Rechtfertigung mittelbarer Diskriminierungen nach der Rechtsprechung des BVerfG	192
4. Besonderheiten der Rechtfertigung: Grenze der Typisierung	194
a) Relevanz zum Forschungsgegenstand	194
b) Allgemeine Grenze von Typisierungen	196

c)	Grenze der Typisierung durch personenbezogene Merkmalen nach der Rechtsprechung des BVerfG	199
aa)	Geschlechtsbezogene Typisierungen	199
bb)	Altersbezogene Typisierungen	200
d)	Bedeutung der Judikatur des BVerfG zur Typisierung für die Prüfungsdogmatik des Art. 21 Abs. 1 EGRC	203
5.	<i>Kapitel: Prüfungsmaßstab für spezielle Diskriminierungsverbote des Art. 21 Abs. 1 EGRC</i>	205
A.	Grundsätzliches zu den Antidiskriminierungsnormen des Unionsrechts	205
I.	Primärrechtliche spezielle Diskriminierungsverbote	205
II.	Sekundärrechtliche spezielle Diskriminierungsverbote	207
1.	Anwendungsbereich	207
2.	Ausnahmebestimmungen	208
a)	Für mehrere Merkmale geltende Ausnahmebestimmungen	208
b)	Ausnahmebestimmungen für Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts	209
c)	Ausnahmebestimmungen für Diskriminierungen aufgrund der Religion bzw. der Weltanschauung	210
d)	Ausnahmebestimmungen für Diskriminierungen aufgrund des Alters	211
3.	Zusätzlicher Schutz in Bezug auf spezielle Merkmale: Angemessene Vorkehrungen	212
4.	Durchsetzungsstrategie	212
a)	Förderung der Gleichbehandlung behandelnde Stellen	212
b)	Förderungsgrundhaltung	213
5.	Bewertung unionsrechtlicher Vorschriften spezieller Diskriminierungsverbote	213
B.	Rechtsprechung des EuGH zum speziellen Diskriminierungsschutz	216
I.	Rechtsprechung zu Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts	216
1.	Ablehnung des EuGH der RL-Ausnahmeregelung im Rahmen des Art. 157 Abs. 1 AEUV	216
2.	Zur auf beruflichen Anforderungen basierenden Ausnahmeregelung	217
3.	Schutzmaßnahmen als Ausnahmeregelungen, insbesondere bei Schwangerschaft und Mutterschaft	219
4.	Zu positiven Maßnahmen als Ausnahmeregelung	221
5.	Ausnahme vom Verbot der Berücksichtigung des Geschlechts als Risikofaktor bei der Berechnung von Versicherungsprämien und –leistungen	223

II. Rechtsprechung zu Diskriminierungen aufgrund ethnischer Herkunft	227
III. Rechtsprechung zu Diskriminierungen aufgrund sexueller Ausrichtung	229
IV. Rechtsprechung zu Diskriminierungen aufgrund von Behinderung	233
V. Rechtsprechung zu Diskriminierungen aufgrund des Alters	235
1. Auf beruflichen Anforderungen basierende altersbedingte Ungleichbehandlung	235
2. Prüfung altersbezogener Ungleichbehandlungen anhand des Art. 6 Abs. 1 der RL 2000/78/EG	236
3. Bewertung	240
VI. Intensität der Anforderungen an die Rechtfertigung einer mittelbaren Diskriminierung	241
VII. Zwischenergebnis	244
1. Anerkennung der in den EU-Normen existierenden Hierarchie durch den EuGH	244
2. Verstärkung der Hierarchie des speziellen Diskriminierungsschutzes durch die Rechtsprechung des EuGH	245
3. Ansatzpunkte zur Bestimmung der Kontrolldichte bei Prüfung spezieller Diskriminierungen in der Judikatur des EuGH	246
a) Regelungsintensität im Sekundärrecht	246
b) Kompetenzverteilung	247
c) Schwerpunktmäßige Politiken der Union	248
4. Vergleich der Judikatur des EGMR, des BVerfG und des EuGH hinsichtlich der Kontrolldichte bei speziellen Diskriminierungen	249
C. Prüfungsmaßstab für spezielle Diskriminierungen i.S.v. Art. 21 Abs. 1 EGRC	253
I. Judikatur zu Art. 14 EMRK als Ausgangspunkt	253
II. Substanz der verdächtigen Differenzierungsmerkmale	254
1. Nähe zur Menschenwürde	254
a) Willkürliche Ungleichbehandlung	255
b) Gleicher Anspruch auf elementare Grundrechte	255
c) Einzelfallbezogene Gefährdung der Menschenwürde	256
2. Erhebliche Stereotypisierungseffekte	257
3. Stellungnahme zur Hierarchie spezieller Diskriminierungsverbote	258
III. Prüfungsmaßstab bei Altersdiskriminierungen	260
1. Substanz des Merkmals Alter	260
2. Erwägungen zur Verhältnismäßigkeit von Altersdiskriminierungen	263

Zusammenfassung	267
Literaturverzeichnis	277